

Antrag

Antragsteller: SPD Stuttgart-Ost

Adressat: Bundesparteitag, Landesparteitag und Bundesvorstand der SPD

1 **SPD ERNEUERN**

2 Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundes-
3 republik erzielt und befindet sich in einer substanz- und identitätsgefährdenden Krise.

4 Erforderlich ist nun eine intensive Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle
5 und organisatorische Erneuerung der Partei. Wir brauchen einen glaubwürdigen und ein-
6 schneidenden Erneuerungsprozess. Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei
7 finden und sich neben „Grünen“ und „Linken“ profilieren. Dies wird ein schwieriger Weg.

8 Eine echte und glaubwürdige Erneuerung muss inhaltlich, strategisch, organisatorisch und
9 personell erfolgen. Unsere Grundwerte *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Solidarität* müssen für
10 diesen Erneuerungsprozess die handlungsleitenden Größen sein. Mit einer glaubwürdigen
11 Neuaufstellung kann die SPD wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr Programm der
12 sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität gewinnen. Glaubwürdig kann die Neuaufstellung
13 jedoch nur dann sein, wenn wir zu den Erfolgen aus 11 Jahren Regierungszeit stehen und
14 gleichzeitig gemachte Fehler benennen.

15 **Inhaltliche Erneuerung**

16 Die SPD hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben
17 uns trotz eines engagierten Wahlkampfes die Inhalte unseres Regierungsprogramms nicht
18 abgenommen.

19 Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der
20 Agenda 2010: Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler empfin-
21 den, die SPD habe mit der Rente mit 67 und großen Teilen der Hartz-Gesetzgebung ihre
22 Prinzipien aufgegeben.

23 Daher brauchen wir eine konsequente und überzeugende Aufarbeitung der 11 Regierungs-
24 jahre und eine Abkehr von den Teilen der Politik der Agenda 2010, die in der Partei nie
25 Mehrheitsmeinung waren und von der Parteiführung herab diktiert wurden.

26 Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden. In der Regierungs-
27 zeit haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als es das Regierungs- und das Grund-

28 satzprogramm versprochen hatten. Wer sich im Programm für „Faire Löhne für gute Ar-
29 beit“ einsetzt und mit der Agenda 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedrig-
30 lohnsektors befördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für andere
31 Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der Mehrwert-
32 steuer eingesetzt; später haben wir sie deutlicher erhöht als vorher von der Union gefordert.
33 Die geringen Entlastungen in anderen Feldern haben dies nicht auffangen können. In prog-
34 rammatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungs-
35 handeln haben wir uns für die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise for-
36 dern wir eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung
37 wurden bestehende Regulierungen drastisch gelockert. Hinzu kamen Fehlentscheidungen
38 bei Bürgerrechten und Innenpolitik: Das Erstarken von FDP und Piratenpartei gerade bei
39 Jungwählern ist auch auf die Entscheidungen für unsinnige Internetzensur und Online-
40 Durchsuchungen zurückzuführen. Unser Grundwert der Freiheit darf nicht länger als Frei-
41 heit des Kapitals und Einschränkung des Einzelnen verstanden werden, sondern als Freiheit
42 des Individuums zur Verwirklichung gleicher Chancen und Gerechtigkeit in der solidari-
43 schen Gemeinschaft.

44 Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung nicht, was
45 auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funk-
46 tioniert nicht, im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern und
47 gleichzeitig die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda
48 und ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist auch die Oppositi-
49 onsrolle glaubwürdig auszuüben. Ein “Weiter so” darf es nicht geben.

50 **Strategische Erneuerung**

51 Die scharfe Abgrenzung und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei
52 hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koali-
53 tionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig. Beide
54 Koalitionen sind in der Bevölkerung und insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und
55 -Anhängern unbeliebt.

56 Natürlich ist eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne
57 Weiteres möglich. Die SPD muss nun aber einen Diskurs einleiten, um Möglichkeiten für
58 eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört auch, der SPD in den Län-
59 dern, Koalitionen links von Union und FDP keine Steine in den Weg zu legen.

60 Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen Wählerinnen und
61 Wählern entfremdet. Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier

62 Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zurück zu
63 den Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengewonnenes Vertrauen zurückzugewinnen.
64 Hierzu bedarf es den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, aber auch mit der Bürgerge-
65 sellschaft zu üben. Nur durch den Gewinn von Bündnis- und Dialogpartnern kann die SPD
66 ihr sozialdemokratisches Profil schärfen und sich wieder als vertrauenswürdige Kraft der
67 sozialen Gerechtigkeit etablieren.

68 **Organisatorische Erneuerung und Rückbesinnung auf innerparteiliche Demokratie**

69 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitgliedern vorbei
70 durchgesetzt worden oder bestehende Beschlüsse der höchsten beschlussfassenden Partei-
71 gremien, wie etwa der Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regie-
72 rungshandeln einfach ignoriert. Dieser Stil der Ignoranz gegenüber legitimierten Parteigre-
73 mien hat sich auch auf kommunaler und auf Länderebene etabliert. Die SPD lebt aber im-
74 mer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für
75 ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es einer Diskussion über die organisatorische Erneue-
76 rung der SPD, die zu einer Rückbesinnung auf mehr innerparteiliche Demokratie und zu
77 einer Öffnung der Partei gegenüber der Gesellschaft führen muss. Die SPD muss Konzepte
78 zur Diskussion und zur demokratischen Beteiligung entwickeln, um ihre Stärke als Mitglie-
79 derpartei wiederzugewinnen. Das Argument innerer Geschlossenheit darf nicht mehr Tot-
80 schlagargument sein, um abweichende Meinungen in der Partei zu unterdrücken, besonders
81 dann nicht, wenn diese Meinung spürbar Mehrheitsmeinung innerhalb der Partei ist. Ge-
82 schlossenheit kann nur dann funktionieren, wenn Beschlüsse in legitimierten Gremien her-
83 beigeführt werden und Ausdruck im politischen Handeln von Amts- und Mandatsträgern
84 finden. Nicht zuletzt die Missachtung dieser Grundsätze hat zum Verlust von über einem
85 Drittel der Mitglieder seit 1998 geführt. Die verbliebenen Mitglieder wollen keinen Wahl-
86 kampf mehr führen, in dem sie das Gegenteil von dem propagieren sollen, was dann "oben"
87 umgesetzt wird.

88 **Personelle Erneuerung**

89 Der SPD fehlt es, wie dargelegt, an inhaltlicher Glaubwürdigkeit. Dies hat auch - oder ge-
90 rade - personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten Regierungsprogramms konnten wir
91 die Wählerinnen und Wähler nicht von der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemo-
92 kratie nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang marktradikalen Politikan-
93 sätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere, früheren Entscheidungen entgegen-
94 gesetzte Politik machen sollen. Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht
95 von den Fehlern der SPD-Regierungspolitik distanziert. Gleichzeitig können diese Personen

96 keinen glaubwürdigen innerparteilichen Erneuerungsprozess, geschweige denn die strategi-
97 sche Öffnung hin zu neuen Macht- und Mehrheitsoptionen einläuten.

98 Die notwendige Erneuerung der Partei muss daher auch personelle Erneuerung bedeuten.
99 Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher muss bis
100 zum Bundesparteitag im November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über
101 das künftige Spitzenpersonal geführt werden. Nach dem Parteitag muss die Partei über ei-
102 nen Vorstand verfügen, der den inhaltlichen Neuanfang glaubwürdig und dauerhaft vertre-
103 ten kann. In diesem Zusammenhang muss die Selbstausrufung Frank-Walter Steinmeiers
104 zum Fraktionsvorsitzenden nur wenige Stunden nach dem Debakel bei der Bundestagswahl
105 aufs Schärfste kritisiert werden. Franz Müntefering und er haben, sinnbildlich für die inner-
106 parteiliche Meinungsbildung der Jahre 2002–2009, ihren Kurs fortgesetzt und
107 schnellstmöglich Fakten geschaffen, um eine innerparteiliche Diskussion im Keim zu ersti-
108 cken. Der Bundesparteitag darf sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen, sondern
109 muss einen offenen Diskurs über die künftigen Repräsentanten der SPD führen.